Schweden gilt schon seit längerem als Vorreiter bei der Abschaffung des Bargelds. Glaubt man einer aktuellen Studie des schwedischen Handelsrates, wird das Bargeld bereits ab 2023 im täglichen Zahlungsverkehr keine Rolle mehr spielen. Damit wären die schwedischen Privatbanken am Ziel einer langwährenden Kampagne angekommen, die eine neue Ära einläutet, die de facto das Ende des staatlichen Geldmonopols besiegeln und für sie damit bislang ungeahnte Verdienstmöglichkeiten eröffnen könnte. Die Risiken und Nebenwirkungen dieser Entwicklung sind jedoch gewaltig und der einzige denkbare Vorteil für den Endkunden ist und bleibt die „Bequemlichkeit". Von **Jens Berger**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/190904_Schweden_und_die_Abschaffung_des_Bargelds_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Wenn es um den Siegeszug bargeldloser Zahlungssysteme geht, wird Schweden gerne als Pionier dargestellt. In Schweden kann man bereits die Parkuhr und die öffentliche Toilette per App auf dem Smartphone bezahlen und selbst Obdachlose sollen Medienberichten zufolge Kartenlesegeräte und Terminals haben, die eine bargeldlose Spende ermöglichen. Ob das stimmt, sei dahingestellt – zynisch ist es jedoch allemal.

Dennoch – die Zahl der digitalen Transaktionen im schwedischen Einzelhandel ist in den letzten fünf Jahren von 3,6 auf über fünf Milliarden gestiegen. Nach Stichproben der schwedischen Reichsbank werden heute nur noch 13% der Zahlungen im Einzelhandel in bar vorgenommen. In Deutschland werden 78% aller Zahlungen im Einzelhandel in bar abgewickelt. Diese Zahlen sind eindeutig, aber auch interpretationsbedürftig. Denn die „Liebe" der Schweden zum bargeldlosen Bezahlen ist keineswegs so freiwillig, wie es gerne dargestellt wird.

Der erste Schritt zur Abschaffung des Bargelds in Schweden war dessen Verknappung und Verteuerung. Nachdem die Reichsbank sich schrittweise aus den Dienstleistungen rund um die Bargeldversorgung zurückgezogen und diese Aufgaben privatisiert hat, sind die Kosten für die Bargeldabwicklung des Einzelhandels massiv gestiegen. Nach Angaben der Reichsbank muss der Handel bei Barzahlung rund 4% des Umsatzes für direkte Nebenkosten (Tageskasse, Transport, Einzahlen und Abheben) einkalkulieren. In Deutschland sind es nur 0,9%[*]. In Branchen wie den Discountern und Vollsortimentsupermärkten mit Gewinnmargen iHv rund 2% des Umsatzes sind dies Welten.

Umgekehrt sind bargeldlose Transaktionen mit etwa 0,4% deutlich preiswerter als in Deutschland, wo die Kosten je nach Art und Anbieter zwischen 0,35% und 1,44% rangieren. Diese Kosten fallen wohlgemerkt bei jeder einzelnen Transaktion an und die Banken kassieren somit bei jedem einzelnen Einkauf mit – zwischen 0,2% und 1,3% des Umsatzes entfallen in Deutschland auf die reinen Transaktionskosten. Das hört sich zwar wenig an, es geht jedoch in Deutschland um einen Gesamt-Einzelhandelsumsatz in Höhe von 535 Milliarden Euro – ein Prozent davon sind mehr als fünf Milliarden Euro. Banken und Finanzdienstleister haben also handfeste materielle Gründe, um die Abkehr vom Bargeld zu propagieren.

Der Gewinner einer Abschaffung des Bargelds wären also an allererster Stelle die Banken und Finanzdienstleister, die über die Kontrolle der Zahlungsinfrastruktur bei jeder einzelnen Transaktion im Einzelhandel ihren „Zehnt“ abzwacken könnten. Dies ist den wenigsten Konsumenten klar, da diese Kosten ja in den Endkundenpreis „eingepreist“ werden und so nicht sichtbar sind. Doch dies ist nur ein Nachteil von vielen.

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie nicht ihren Banker

– Technische Abhängigkeit

Bargeld hat den großen Vorteil, dass es auch ohne Strom und Technik „funktioniert“. Je größer der technische Aufwand, desto größer ist auch die Gefahr technischer Fehler. Das Spektrum reicht hier von „dummen“ Fehlern auf der Nutzerebene bis zu flächendeckenden Ausfällen, die beispielsweise durch einen Stromausfall oder Softwarefehler bei den unsichtbaren Algorithmen auf Serverebene den gesamten Einzelhandel lahmlegen könnten.

Ein Einfallstor für potentielle Probleme ist dabei natürlich auch der Endkunde selbst. Karten sind zerbrechlich und können zerkratzen und Smartphones und deren Betriebssysteme sind alles andere als sicher gegen Bedienerfehler. Zum einen versteht nun einmal nicht jeder Endkunde die Technik so gut wie die „Nerds“, die sie entwickelt haben, zum anderen sind Smartphones nun einmal komplexe Geräte, bei denen nicht nur der Nutzer, sondern auch die Hersteller und Softwareanbieter selbst potentielle Probleme ins System einschleusen können. Wenn nach einem „Sicherheitsupdate“ beispielsweise die regelmäßig vom Nutzer verwendete biometrische Verifizierung erst einmal über ein Zwei-Wege-Verfahren samt komplexem Passwort, das aus Sicherheitsgründen Sonderzeichen, Zahlen und Klein- und Großbuchstaben enthalten muss, neu freigeschaltet werden muss und man dieses Passwort schon längst vergessen hat, steht man an der Kasse dumm da – und wenn es sich beispielsweise um eine Autobahntankstelle im Ausland handelt, hat man ein echtes Problem.

Was auf persönlicher Ebene ein echtes Problem ist, mag gesamtgesellschaftlich ja mit einem Achselzucken hinzunehmen sein. Anders sieht dies jedoch bei den gesellschaftlichen Risiken aus. Eine bargeldlose Infrastruktur ist ein offenes Ziel par excellence für Cyberterroristen und elektronische Kriegsführung. Staaten wie die USA, die das technische know how haben, um über ihre Dienste auch komplexe Netzwerke zu sabotieren, hätten so die Macht, die komplette Ökonomie anderer Staaten vorübergehend oder gar dauerhaft lahmzulegen. Alleine schon aus sicherheitstechnischen Gründen ist dies ein schlagendes Argument gegen anfällige netzbasierte Techniken.

– Kriminalität

Von Anhängern bargeldloser Transaktionssysteme hört man immer gerne das Argument, der Verzicht auf Bargeld habe positive Auswirkungen auf die Kriminalitätsrate. Doch dieses Argument ist kurzsichtig. Zwar ist die Zahl der Banküberfälle in Schweden von 2008 bis 2011 von 110 auf 16 gesunken – dafür ist jedoch auch die Zahl der „digitalen Straftaten“ vom Skimming, Phishing bis hin zu zahlreichen Formen des Kreditkartenbetrugs förmlich explodiert. Die Dunkelziffer dürfte hier alle Maßstäbe sprengen, wird jedoch penibel unter Verschluss gehalten. Die Dienstleistungen rund um das Bargeld sind nämlich in der Regel gut versichert, so dass die Versicherung beispielsweise im Falle eines Überfalls auf einen Geldtransport den Schaden trägt. Im bargeldlosen Zahlungsverkehr tragen jedoch die Banken in der Regel den entstehenden Schaden selbst und diese Summen sind natürlich ebenfalls „eingepreist“ und werden letztlich vom Kunden in Form der hohen Transaktionsgebühren übernommen, die dem Einzelhandel aufgebürdet werden. Die Kriminalität verlagert sich also nur von einem sichtbaren Feld (Bank- oder Geldtransportüberfall) in ein unsichtbares Feld (Computerkriminalität); sie verschwindet aber nicht. Ganz im Gegenteil.

– Datenschutz

Muss meine Bank im Detail wissen, für was ich wem Geld gebe? Muss der Staat dies wissen? Nein, natürlich nicht. Eines der Hauptprobleme bargeldloser Zahlungssysteme ist jedoch, dass genau diese Daten erhoben und gespeichert werden – und dies noch nicht einmal anonymisiert. So entsteht ein gewaltiger Datenschatz, der nur noch gehoben werden muss. Interessant für Datenhändler sind dabei vor allem Merkmale, anhand derer die Datensätze sich mit anderen Datenbanken verknüpfen lassen. Wer beispielsweise ihre persönlichen Daten von Google und Facebook bereits besitzt, ist im hohen Maße auch daran interessiert, für was sie im „echten Leben“ ihr Geld ausgeben.

Während Banken immer noch durch vergleichsweise strenge Datenschutzbestimmungen

Kundendaten nicht einfach an externe Datenhändler verkaufen dürfen, sieht dies für digitale Zahlungssysteme über Apps schon ganz anders aus – zumal sie bei derartigen Anwendungen keine verlässliche Kontrolle haben, wer alles „mithört“ und „mitfunkt“. Die Zahlung via NFC, die beim kontaktlosen Zahlen momentan der Standard ist, läuft auf Betriebssystemebene ihres Smartphones ab. Das Betriebssystem stammt bei den meisten Smartphones von Google, dem Weltmarktführer für personenbezogene Datensätze. Wer glaubt, dass die Zahlungsdaten nicht verknüpft und in welcher Form auch immer gewinnbringend weitergehandelt werden, muss da schon sehr naiv sein.

– Ausgrenzung

Für technikaffine junge Menschen, die NFC in ihrer Smartwatch implementiert haben und via Google oder Apple Pay über die Anbindung – und das nötige Kleingeld – verfügen, um selbst beim Bäcker um die Ecke schnell, einfach und kontaktlos bezahlen zu können, mag der bargeldlose Zahlungsverkehr ja eine bequeme Sache sein. Obgleich man sich natürlich auch hier fragen sollte, wer denn eigentlich ernsthaft in der Lage ist, die einzelnen Transaktionen im Nachhinein noch zu überprüfen. Stimmt die Rechnung über 23,40 Euro von Starbucks? In der Realität unterwirft sich der Kunde hier wohl eher auf Gedeih und Verderb der Technik – ein weiteres Einfallstor für Hacker und Cyberkriminelle.

Was passiert jedoch mit all jenen Menschen, die entweder aufgrund ihres Alters, unbestimmter gesundheitlicher oder psychischer Einschränkungen, ihrer Herkunft oder ihres sozialen Status nicht an der schönen bunten Welt der Apps und Kreditkarten teilnehmen können? Wie soll beispielsweise ein Blinder eine Zahlung verifizieren, die ihm auf einem Display angezeigt wird? Womit soll ein Obdachloser zahlen? Immerhin haben 670.000 erwachsene Deutsche noch nicht einmal ein Girokonto, das die Mindestvoraussetzung für die Teilhabe am bargeldlosen Zahlungsverkehr ist.

Um sich die Grenzen der Attraktivität solcher Zahlungssysteme vor Augen zu halten, lohnt oft schon ein Blick in die eigenen „Finanzverhältnisse“. Als ich beispielsweise noch Student war, kam es häufiger vor, dass am Ende des Monats eine vergessene oder verdrängte Abbuchung den Verfügungsrahmen gesprengt hat. Das war jedoch kein Problem, da man sich in einem solchen Fall gegenseitig aushelfen konnte und man sich ganz einfach ein paar Mark (heute Euro) von einem Freund leihen konnte. Am nächsten Monatsanfang war der Verfügungsrahmen wieder vorhanden und man zahlte das geliehene Bargeld zurück. In einer bargeldlosen Zukunft wäre das nicht mehr möglich. Und was für finanziell ein wenig liederliche Studenten gilt, gilt natürlich erst recht für Erwerbslose und Menschen, die in prekären Arbeitsverhältnissen stecken und für die das Ende des Monats eine stetige finanzielle Sorge darstellt.

Wie schnell man selbst auch aus nicht finanziellen Gründen ausgegrenzt werden kann, erlebt man übrigens schon heute bei einem Besuch in den skandinavischen Ländern. Als Ausländer bekommt man kein schwedisches Konto, das wiederum eine notwendige Bedingung für die Nutzung der in Schweden so weit verbreiteten Bezahl-App „Swish“ ist. Da aber bereits viele Parkautomaten in Stockholm nur noch über diese App gefüttert werden können, ist es Touristen schon heute nicht möglich, legal in Stockholm zu parken. Und auch der Einkauf gestaltet sich schon heute für Ausländer zu einem Problem, da in Schweden – anders als in den anderen skandinavischen Ländern – Geschäfte nicht verpflichtet sind, Bargeld zu akzeptieren.

Das Geldmonopol wird privatisiert

Wer an der schönen neuen bargeldlosen Welt teilhaben will, muss also Zugang zu einem Konto bei einer Geschäftsbank haben. Damit kommt den Banken eine Machtposition zu, die ihnen alleine schon aufgrund ihres faktischen Oligopols nicht zukommen dürfte. Die wohl wichtigste Geldfunktion ist die des Zahlungsmittels. Wenn diese Geldfunktion de facto einigen wenigen Geschäftsbanken überlassen wird, die ihrerseits Preise, Bedingungen und den Zugang zum Zahlungssystem diktieren können, ist dies nichts weniger als die Teilprivatisierung des staatlichen Geldmonopols. Und wenn dieses Oligopol erst einmal die Macht dazu hat, werden die noch vergleichsweise günstigen Transaktionsgebühren in Ländern wie Schweden auch der Vergangenheit angehören. Private Banken sind nicht dem Allgemeinwohl und auch nicht der Volkswirtschaft, sondern ihren Aktionären verpflichtet.

Mehr noch: Geld stellt – wirtschaftstheoretisch gesehen – ein Schuldverhältnis dar. In der Theorie ist jeder Geldschein eine Schuldverschreibung der Zentralbank. Guthaben auf Konten von Geschäftsbanken, Geldkarten oder digitale Guthaben sind jedoch nur eine Forderung an das ausgebende Institut bzw. den Betreiber der Bezahlsoftware. Dies mag in ruhigen Zeiten belanglos sein, wenn es jedoch zur nächsten Finanzkrise kommt, ist dieser Punkt von großem Interesse, da nun sämtliche Finanzdienstleister, die eine Gläubigerfunktion haben, plötzlich „systemrelevant“ werden, will man die Bezahlsysteme nicht implodieren lassen. Unser ohnehin bereits jetzt aus den Fugen geratenes Bankensystem würde durch die Abschaffung des Bargelds also bis ins letzte Glied „systemrelevant“. Ein solcher Status ist in einer Marktwirtschaft aber für private Unternehmen mit einer Gewinnerzielungsabsicht höchst problematisch und führt – wie die letzte Finanzkrise zeigt – zu Risiken, die das gesamte Wirtschaftssystem bedrohen können.

Wo bleibt der Staat?

Ein weiteres Kernproblem der aktuell stattfindenden schleichenden Abschaffung des

Bargelds ist die Untätigkeit des Staates. Selbst wenn man die Risiken einmal ausklammert und eine Umstellung auf einen bargeldlosen Zahlungsverkehr für erstrebenswert halten sollte, heißt dies ja noch lange nicht, dass dieser bargeldlose Zahlungsverkehr privatisiert werden muss. Ganz im Gegenteil! Die EZB arbeitet beispielsweise an einem Transfersystem namens TIPS , das Überweisungen quasi in Echtzeit zu Transaktionskosten von 0,2 Cent pro Transaktion ermöglichen und dabei eine Schnittstelle für Drittanbieter bereitstellen soll. Für die komplett überteuerten und datenschutzrechtlich problematischen Lösungen aus dem Finanzsektor oder gar von Google, Facebook, Apple und Co. gibt es also eigentlich gar keine Notwendigkeit. Der öffentliche Sektor könnte diese Dienstleistungen besser, billiger und risikorärmer zur Verfügung stellen. Doch erstaunlicherweise wird diese öffentliche Alternative noch nicht einmal ernsthaft debattiert.

In Schweden ist man jedoch bereits so weit, dass die nationale Zentralbank eine elektronische Währung erschaffen will. Das Besondere: Diese „E-Krone“ ist dann staatlich garantiert. Was sich nett anhört, ist jedoch eine Sollbruchstelle im System. Wenn für die „E-Krone“ der Staat vollumfänglich haftet und der Rest der digitalen Guthaben eine Forderung an den privaten Bankensektor darstellt, besteht bei aufkommenden Finanzkrisen das sehr reale Risiko eines „digitalen Bankruns“, also einer Umschichtung der Forderungen an die privaten Banken zu Forderungen an den Staat. Die Folgen unterscheiden sich nicht von einem realen Bankrun – das Bankensystem würde binnen kürzester Zeit zusammenbrechen.

Titelbild: Adam Hoglund/shutterstock.com

[«*] Ohne die – ohnehin fragwürdigen – Lohnkosten für den Kassiervorgang, die bei den Zahlen aus Schweden auch nicht enthalten sind. Diese Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu genießen. Es gibt in Deutschland eine deutliche Korrelation zwischen dem Transaktionsbetrag und der Zahlungsart. Da Debit- und Kreditkarten vermehrt für hohe Transaktionen eingesetzt werden, sinken bei dieser Zahlungsvariante die anteiligen fixen Kosten. Würden die Deutschen kleinere Beträge vermehrt bargeldlos bezahlen, würde die relativen Kosten (gemessen am Umsatz) für die Zahlungsabwicklung deutlich steigen.